

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Peter Corterier,
Staatsminister im Auswärtigen Amt, zum Parteitag der Demokratischen Partei in den USA: Präzisierte Rüstungskontrollpolitik.

Seite 1

Egon Lutz MdB fordert wirksame Maßnahmen gegen Neonazis: Die Taten von Nürnberg mahnen.

Seite 2

Georg Schlaga MdB kommentiert den Wechsel von Haig zu Shultz: Hoffnung auf Berechenbarkeit.

Seite 3

Helmut Rohde MdB macht sich Gedanken zum Ferienanfang: Schädliche PR-Untriebe.

Seite 4

Emil Werner, früherer SPD-Sprecher in Bayern, würdigt den ältesten sozialdemokratischen Landesverband.

Seite 5

Dokumentation

Eckart Kuhlwein forderte vor der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen intensiveren Dialog zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern.

Seite 7

37. Jahrgang / 120

29. Juni 1982

Demokraten präzisierten Rüstungskontrollpolitik

Außenpolitik stand im Mittelpunkt des Parteitages

Von Dr. Peter Corterier
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Auf dem mid-term-Parteitag der Demokraten in Philadelphia vom 25. bis 27. Juni 1982 gehörte das Thema Außenpolitik und Rüstungskontrolle zu einem der wichtigsten Beratungsgegenstände. Der Grund dafür ist nicht nur in der gegenwärtigen außenpolitischen Lage der USA zu sehen, sondern vor allem auch in der starken Friedensbewegung dort. Die demokratische Partei erklärte dazu in ihrer außenpolitischen Entschließung, daß sie die Friedensbewegung begrüßt und unterstützt. Auch der Parteitag in Philadelphia schloß sich der Forderung nach einem gegenseitigen und überprüfbaren Freeze bei den Nuklearwaffen der USA und der Sowjetunion an. Testproduktion und Dislozierung von nuklearen Sprengköpfen, Raketen und sonstigen Nuklearwaffenträgern sollten danach auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren werden.

Der Parteitag der Demokraten hat aber auch die Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa verdeutlicht und ernsthaft Verhandlungsbemühungen gefordert, um das Kriegsrisiko durch Verminderung des konventionellen und nuklearen Ungleichgewichts in Europa zu vermindern.

Das heißt: Die Demokraten in den USA machen durchaus einen Unterschied zwischen der weltweiten Freeze-Forderung, die sie auf die amerikanischen und sowjetischen Interkontinentalwaffen beziehen und der Lage in Europa, wo sie von einem militärischen Ungleichgewicht auch im nuklearen Bereich ausgehen. Diese Klarstellung ist zu begrüßen, denn sie entspricht den militärischen Tatsachen. (-/29.6.1982/hi/ca)

+ + +



Die Toten von Nürnberg mahnen

Der Staat darf nicht duldsam auf die rechte Gefahr reagieren

Von Egon Lutz MdB

Der Amoklauf von Nürnberg ist sehr schnell als Wahnsinnstat eines Irregeleiteten klassifiziert worden. Wer nämlich von der Einmaligkeit des Verbrechens ausgeht, der muß nicht lange nach Hintermännern suchen, der setzt den Korrekturmeehnismus der kritischen Selbstprüfung außer Kraft, der geht nach einem, wenn auch schlimmen, "Betriebsunfall" zur Tagesordnung über. Ich weiß nicht, ob wir uns das noch leisten können. Diese Tat wirft Fragen auf, die sich an der Person des Täters, an seinem politischen Umfeld und die sich an der unglaublichen Bereitschaft zu Nachsicht und Milde der ansonsten in Nürnberg durchaus nicht zimperlichen Staatsgewalt festmachen.

Was hat, so ist zu fragen, die Polizei eigentlich bislang getan, um den ständigen Drohungen gegenüber dem SPD-Stadtrat Arno Hamburger, der gleichzeitig Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde ist, die reale Gefahr zu nehmen? Sicher, man hat eine Telefon-fangschaltung gelegt. Man hat ein paar Jungnazis gestellt und wieder laufen lassen. Aber so fürchterlich ernst hat man die Gefahr, die von der rechten Szene ausging und in solchen Drohungen sich beileibe nicht erschöpfte, nicht genommen. Da mußten erst drei Menschen sterben und drei weitere lebensgefährlich verletzt werden, ehe man bei den Nürnberger Ordnungshütern aus der Lethargie der Routine aufschreckte.

Da stellte man einem polizeibekanntem Neonazi Waffenscheine aus. Wer weiß, wie schwierig es hierzulande ist, legal an ein Schießisen zu gelangen, kann sich nur wundern. Er muß sich umso mehr wundern, da die Gefährlichkeit bewaffneter Neonazis eigentlich einer Polizei bekannt sein mußte, die vor geraumer Zeit den Auftrag hatte, die Wehrsportgruppe Hoffmann auszuheben und die dortigen Waffenarsenale zu beschlagnahmen. Was muß eigentlich noch geschehen, um wenigstens jetzt die Entwaffnung der neuen Rechtsradikalen zu erreichen? Wann führt die Nürnberger Polizei eingehendere Razzien im rechtsradikalen Untergrund durch? Wann finden sich in dieser Stadt Staatsanwälte, die es als ihre Aufgabe ansehen, den Bürger vor der neuen Rechtsgefahr zu schützen?

Ich fürchte, man wird sich nach einer kurzen Phase des Aufgestörtseins und der amtlichen Beschwichtigerei wieder den alten "Feindbildern" zuwenden: den Hausbesetzern oder anderen Spielarten der Szene linksaußen. Und der Stadtrat Arno Hamburger wird sich wohl auch weiterhin darauf verlassen müssen, daß ihn die rechten Mordbuben nicht erwischen. Man kann nur mit Bitterkeit registrieren, wie unendlich einäugig und unbedarft die Polizei der Gefahr von rechts in der ehemaligen Stadt der Reichsparteitage begegnet.

Auf Bundesebene wird man sich die Frage stellen müssen, ob wirklich der Gesetzgeber alles getan hat, den neonazistischen Schreibtischtätern das Handwerk zu legen. Wer die widerliche, allwöchentliche Hetze in der rechtsradikalen Nationalzeitung mitverfolgt, die kaum noch verhüllten Aufrufe lesen muß, sich gewaltsam der "Überfremdung" und "Bolschewisierung" und wie das sonst noch heißt, zu erwehren, dem will nicht in den Kopf, daß es angeblich kein Mittel gibt, ein solches Sudelblatt zu verbieten.

Die Toten von Nürnberg mahnen. Es sind nicht die ersten und ich fürchte, es werden nicht die letzten sein. Die rechte Gefahr ist umso realer, je duldsamer unser Staat auf sie reagiert.
(-/29.6.1982/bgy/rs)

+ + +



Von Haig zu Shultz

Hoffnung auf einen berechenbaren US-Außenminister

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der außenpolitische Sprecher der CDU hat Alexander Haig im Nachruf den Brückenbauer zwischen den USA und Europa genannt. Das ist eine Eloge, die nicht zutrifft. Es gab schon lange vor Haig tragfähige Brücken, und leider hat er selbst diese mitdemolieren helfen und erst danach - das Gesagte noch erkennend - sich als Reparierer der selbst verursachten Schäden betätigt. Das reicht für uns nicht aus, um sehr betroffen über seinen Abgang zu sein.

Als NATO-Oberkommandierender wußte er sicher mehr über die besondere Situation der Bundesrepublik im Bündnis und hat sich - vielleicht! - aus diesem Grund - anderes als der Präsident und Weinberger - für eine flexiblere Haltung im Erdgasröhrengeschäft mit der Sowjetunion eingesetzt. In Israels Aggressionen gegen den Libanon dagegen scheint er Begins Alles- oder Nichts-Politik unterstützt zu haben.

Beides lag offenbar in Dissens zu Reagan, Weinberger und Clark und mußte somit zum Rücktritt führen.

Der Nachfolger steht mit George P. Shultz fest. Am 4. Dezember 1980 schrieb die FAZ: "Nichts hat nach dem Wahlsieg Ronald Reagans die aufgeschreckte internationale Aufmerksamkeit mehr beruhigt, als die mögliche Ernennung von George Shultz zum Außenminister der Vereinigten Staaten.

... Shultz verfügt über alle Qualitäten, die in schwierigen internationalen Verhältnissen und Krisen von einem geschickten Unterhändler gefordert werden. Sein hervorragender internationaler und nationaler Ruhm gründet sich auf seine ausgleichende Diplomatie und seinen politischen Weitblick..."

Sollte das Urteil der FAZ richtig sein, besteht zumindest die Hoffnung, es mit einem abwägenden, berechenbaren US-Außenminister als Partner zu tun zu bekommen. Das heißt jedoch noch lange nicht, daß er unsere Vorstellungen von West-Ost-Politik teilt. Immerhin hat er zum Erdgasröhrengeschäft geäußert, daß die Erfahrung mit Handelssanktionen lehrt, daß derartige Manipulationen keinen Einfluß auf die sowjetische Wirtschaft und auf die sowjetische Gesellschaft haben würden und deshalb - weil nutzlos - unterlassen werden sollten.

(-/29.6.1982/ks/rs)

+ + +



Zum Ferienanfang

Gedanken kurz vor Abfahrt aus dem Rheintal

Von Helmut Rohde MdB

Im Bonner Rheintal hat sich eine Form politischer Schaustellerei entwickelt, die den Menschen zunehmend auf die Nerven geht und die politische Laune verdirbt. Es kann sein, was will: Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß ein Dutzend Politiker jede Auseinandersetzung, jedes Problem, jede tatsächliche und vermeintliche Krise, ja jeden Vorgang zum Anlaß nimmt, um sich selbst zur Geltung zu bringen. Meist sind es dieselben.

Sie warnen, sie drohen, zündeln, schreiben "Testamente", indiscretionieren auf geradezu peinliche Weise und lassen laufend wissen, was sie wo und in welchem Vorstand vom Stapel gelassen haben. Zeitungen werden im Rheintal gelesen wie früher Manna gekaut. Sonst klappt offensichtlich die politische Verdauung nicht. Die sich als agil Empfindenden nennen das PR-Arbeit.

Die Regierung, der Haushalt, die auswärtigen Beziehungen und nicht zu vergessen der Klatsch aus dem Regierungs- und Parlamentsviertel - dies und noch einiges dazu machen den Stoff aus, aus dem die Zurschausteller ihre Sätze drehen, die wie kleine Schiffchen ihren Namen in die Zeitung bringen sollen. Und sie wissen genau: Vor allem das Wochenende und die Ferien muß man nutzen. Dann gibt es Platz, man kommt in die Medien, wird vielleicht nicht unbedingt gelesen, aber zumindest entdeckt.

Bleibt ist es, Max Weber mit seinem Wort vom "Bohren dicker Bretter" zu zitieren. Das gilt als gebildet. Aber wer will eigentlich schon im Schweiß seines Angesichts bohren, sagt man sich, wenn rascher Erfolg winkt. Bildlich ausgedrückt: Es wird immer weniger die kraftvolle politische Gebärde, sondern eher die vorgehaltene Hand zum Bonner Wappenzeichen. Hinter der wird getuschelt, hinter der starten die politischen Eintagsfliegen, da wird alles schnell, meist oberflächlich, mehr von der eigenen Wichtigkeit getrieben, als vom Vertrauen anderer getragen.

Es muß wohl diese Selbstbeleuchterei sein, die die Politik an immer mehr Stellen so wurmstichig gemacht hat. Wenn die Fähigkeit, soziale Prozesse, auch internationale Entwicklungen zu erkennen, zu Konsequenzen zu kommen, Politik tatsächlich zu beeinflussen, wenn also letztlich die Qualität des Politischen durch eine quacksalberige PR-Mentalität ersetzt wird, dann stellen sich allerhand Folgen, auch Gebrechen ein. Die Politik im ganzen muß das bezahlen, was einige zum eigenen Gefallen vernaschen.

(-/29.6.1982/ks/rs)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

+ + +

Neunzig Jahre freiheitliche Tradition

Die bayerische SPD hat den ältesten Landesverband

Von Emil Werner

Ehemaliger Sprecher der bayerischen SPD

In der Bundesrepublik gibt es keinen Landesverband einer politischen Partei, der auf eine so lange Tradition zurückblicken kann wie die bayerischen Sozialdemokraten. Grund genug also für die Aufmerksamkeit, die dieses Ereignis innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit findet.

Der Grund für die einmalige Tradition liegt darin, daß es in den anderen Ländern der Bundesrepublik keine Parallele zur erhalten gebliebenen Staatlichkeit Bayerns über zwei Zusammenbrüche hinweg gibt, und daß die anderen Parteien entweder nach jeder Katastrophe ihre Namen änderten oder in ihrer früheren Gestalt nicht wieder neu entstanden sind.

Die Tradition der sozialdemokratischen Partei in Bayern reicht länger zurück als neunzig Jahre. Die ersten Anfänge gab es bereits 1864, als in Augsburg der erste süddeutsche Zweigverein des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entstand. Es gab auch frühzeitig Versuche, sich im Landesmaßstab zusammenzuschließen. So entstand zum Beispiel im Zusammenhang mit der Reichstagswahl des Jahres 1871 der erste sozialdemokratische Landeswahlausschuß. Die Partei beteiligte sich jedoch nur in den fünf bayerischen Wahlkreisen München II, Augsburg, Nürnberg, Erlangen/Fürth und Hof an der Wahl (in einigen Veröffentlichungen wird fälschlich behauptet, daß damals in München kein Kandidat aufgestellt worden sei). In ganz Bayern erhielten die Sozialdemokraten jedoch nur 2.519 Stimmen.

Spätere Versuche, miteinander eine feste organisatorische Verbindung einzugehen, scheiterten an dem bayerischen Vereinsgesetz, das solche Zusammenschlüsse verbot. Erst nach dem Ende des Sozialistengesetzes, das durch einen großen Wahlerfolg eingeleitet wurde, ist die Bahn für die Bildung eines Landesverbandes bereitet worden.

Die bayerischen Delegierten auf dem Parteitag der Gesamtpartei des Jahres 1891 kamen überein, sich im ganzen Land an der nächsten Landtagswahl zu beteiligen und zur Vorbereitung einen ersten Landesparteitag einzuberufen, der ein Landeswahlprogramm beschließen sollte. So geschah es dann auch. Der Parteitag fand am 26. Juni 1892 in einem Regensburger Vorort statt. In der Stadt selbst verweigerten die Wirte den Sozialdemokraten einen Versammlungsraum. Der Parteitag wurde verabredungsgemäß von den Nürnbergern Johann Scherm und Martin Segitz einberufen. Die Tagesordnung enthielt die Punkte: "Die Tätigkeit des Bayerischen Landtags und die Wahlen zu demselben im Jahre 1893" sowie "Agitation und Organisation".

Die Verdienste der Franken um den Landesverband

Die Franken hatten nicht nur bei der Entstehung des Landesverbandes einen großen Anteil. Sie vertraten auch später die Auffassung, daß die Bayern neben der Berliner Zentrale eine bayerische Zentrale brauchen. Bei der Landtagswahl 1893 wurden die ersten fünf Sozialdemokraten in den Landtag gewählt, davon vier in Nürnberg und einer in München. Wegen des Vereinsgesetzes wurden die Abgeordneten mit der Parteileitung beauftragt. Als nach der Änderung des Vereinsgesetzes im Jahre 1898 der Beschluß eines Statuts der Landesorganisation möglich war, gab sich die Partei den Namen "Sozialdemokratische Partei Bayerns". So blieb es bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.



Erst im Jahre 1919 wurde auf einem Parteitag der Gesamtpartei ein Statut beschlossen, das die Bezirke - eingeteilt nach den damaligen Reichstagswahlkreisen - zur Grundlage der Partei machte. In Bayern blieb daneben jedoch der Landesverband bestehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Besatzungsmächte den Aufbau der Parteien von unten nach oben anordneten, kam es wieder zu einer Sozialdemokratischen Partei Bayerns. Im Jahre 1947 wurde das Statut neuerdings dem der Gesamtpartei angeglichen. Obwohl dieses keine Landesverbände, sondern nur Arbeitsgemeinschaften der Bezirke zur Erledigung landespolitischer Angelegenheiten vorsah, blieb es auch diesmal beim Landesverband Bayern. Wiederum retteten die Nürnberger die lange Tradition. Sie stellten durch einen Antrag auf dem Parteitag den Namen Landesverband wieder her. Im Entwurf des Landesvorstandes für eine neue Satzung war der Name gemäß des Gesamtstatuts in "Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Bezirke" geändert worden.

Über Höhen und Tiefen hinweg

Die Fährnisse auf diesem langen Weg der neun Jahrzehnte waren aber nicht nur organisatorischer Natur. Die Partei machte schmerzliche Perioden der Verfolgung in ihren Anfängen, während des Sozialistengesetzes und während der Hitler-Diktatur mit. Sie erlebte stolze Höhepunkte, wie zum Beispiel zwischen 1892 und 1912, wo es ihr gelang, ihre Landtagsmandate zu versechsfachen. Sie konnte, nachdem sie von 1918 bis 1922 den bayerischen Ministerpräsidenten stellte, nahezu ihr gesamtes Wahlprogramm aus dem Gründungsjahre des Landesverbandes verwirklichen.

Dann kam der durch die Abspaltung der Kommunisten ausgelöste Rückschlag und die Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Nationalsozialismus, die bis 1928 fast ausschließlich von den bayerischen Sozialdemokraten getragen wurde. Nach 1945 konnten die bayerischen Sozialdemokraten wiederum aus der Regierungsverantwortung viel für das Land und seine Bürger erreichen und schließlich verstanden sie es später, aus der Opposition heraus ganz erhebliche Erfolge zu erzielen.

Wer sich zu einer solch langen Tradition bekennt, kann freilich nicht nur Erfolge feiern - die sicherlich außerordentlich bedeutsam sind, denn mit ihnen wurde schließlich der Grundstein für eine freiheitliche Demokratie gelegt - er muß sich auch zu seinen Fehlern bekennen, die es selbstverständlich auch gab. In diesem Zusammenhang kann darauf kaum eingegangen werden, man sollte allerdings ernsthaft darüber diskutieren und nicht Klischees übernehmen, wie dies häufig im Zusammenhang mit den Ereignissen der Jahre 1918/19 und 1932/33 geschieht.

Sozialdemokraten unterbewerten ihre Leistungen

Der größte Fehler, den Sozialdemokraten im Zusammenhang mit ihrer Geschichte machen - und nicht nur mit ihrer Geschichte - scheint mir darin zu liegen, daß sie ihre geschichtlichen und auch jeweils ihre politischen Leistungen unterbewerten. Sie reden viel mehr und viel lieber von dem, was sie nicht erreicht haben als von ihren tatsächlichen Erfolgen. Dies führt dann dazu, daß inzwischen als selbstverständlich geltende Einrichtungen gar nicht mehr mit den Sozialdemokraten in Zusammenhang gebracht werden, obwohl sie von ihnen gegen harte Widerstände erkämpft worden sind. Häufig ist dies nicht einmal den eigenen Mitgliedern mehr bewußt. (-/29.6.1982/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Eckart Kuhlwein (SPD), hat für einen verstärkten Dialog zwischen Parlamentariern und Wissenschaftlern geworben. In einem Grußwort an die Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstrich Kuhlwein am Dienstag dieses Erfordernis angesichts drängender gesellschaftlicher Probleme. Wir dokumentieren die Ministerrede leicht gekürzt.

Dialog zwischen Parlamentariern und Abgeordneten

In der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien besteht Einigkeit über die Priorität der Forschungsförderung als einem Teil der "Zukunftsinvestition" Bildung und Wissenschaft. Dieser Bereich wurde, anders als etwa die individuelle Ausbildungsförderung, bisher aus der Einsparungs-, Mißbrauchs- und Sozialabbau Diskussion herausgehalten. Wir erwarten dafür aber auch von der Wissenschaft Verständnis für unsere Anliegen und die Bereitschaft zu Gegenleistungen! Wir bitten die Wissenschaftler an den Hochschulen, ihre Lehrverpflichtungen zugunsten der geburtenstarken Jahrgänge voll wahrzunehmen. Wir bitten, die Studienreform als eine erstrangige Aufgabe voranzutreiben, wir bitten, die zunehmende Zahl von Studentinnen und Studenten aus traditionell bildungsfernen Schichten und Regionen intensiv zu fördern, wir bitten, die Effizienz der Forschung und ihre gesellschaftliche Relevanz zu steigern, wir bitten, dem wissenschaftlichen Nachwuchs, den geburtenstarken Jahrgängen, gerade auch jetzt, wo es überall eng wird, eine Chance zu geben.

Es ging in den politischen Diskussionen über die Forschungsförderung nicht um Geld allein. Denn einen besonderen Impuls erhielt der Dialog zwischen Parlament und Wissenschaft durch die Aufforderung des Bundestages an die Bundesregierung, über die Lage der Grundlagenforschung zu berichten. Hierzu haben Anhörungen stattgefunden, die weitere Gespräche zur Folge haben werden. Wir müssen gemeinsam helfen, daß sich Wissenschaft und Politik dabei auf die wichtigen Fragen und Gestaltungsmöglichkeiten konzentrieren. Hierzu sind von der Sache her geboten, drei Bitten vorzutragen:

1. Flexibilität in der Mittelverwendung und nur ein Mindestmaß an Bindungen durch Vorschriften und Regelungen sind eine sehr berechtigte Forderung, damit gerade bei knappem Geld die Forschung effektiv und mit einem Minimum an bürokratischem Aufwand betrieben und gefördert werden kann. Soweit wie möglich sollte der Eigenverantwortung der Wissenschaftler im Umgang mit den knappen Mitteln Raum gegeben werden. Die Parlamente müssen hier das ihre tun, unnötige Hindernisse der Forschung aus dem Weg zu räumen. Welche das im einzelnen sind, ist verständlicherweise strittig, hängt von der Interessenlage des Betrachters ab. Aber beide, Wissenschaftler und Politiker, vernachlässigen ihre Pflicht, wenn sie ihre Gedanken nur hierauf richten.

Wenn wir uns fragen, was in dieser Welt, die von Krisen geschüttelt wird, die so viele ungelöste Probleme der Vergangenheit mit sich schleppt und die vor großen Zukunftsaufgaben steht, was in dieser Welt Abgeordnete und Wissenschaftler miteinander zu reden haben, dann sind es sicher mehr als Verwaltungsvorschriften. Es sind die Zukunftsaufgaben und -probleme, wie sie etwa in der amerikanischen Studie "Global 2000" mit den Stichworten Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung, Rohstoffverteilung, Umweltbelastung gekennzeichnet sind, es sind Fragen nach der Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt, es sind aber auch die Probleme vor unserer Haustür, wie man einer ganzen Generation junger Menschen Arbeit und Lebensperspektiven schafft. Es sind Probleme, denen auch die Wissenschaftler sich stärker stellen müssen. Die Wissenschaft wird hier keine raschen Lösungen anbieten können, und der Dialog mit uns Parlamentariern kann uns die Entscheidungen nicht abnehmen. Ich spreche mich nachdrücklich gegen die Tendenz aus, die Wissenschaft politische Probleme lösen zu lassen. Das verschiebt die Verantwortlichkeiten. Aber wir brauchen die geduldige Hilfe wissenschaftlicher Arbeit und auch den Rat im Gespräch. Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach im vergangenen Monat vor der Max-Planck-Gesellschaft von der Verantwortung des Forschers und von der Verantwortung des Politikers, die jede für sich zu sehen und wahrzunehmen ist. Dies aber bedeutet eine soziale Verpflichtung, die beide zusammenbindet und einseitiges Spezialistentum verhindert.

2. Der Zwang zu notwendigen Entscheidungen bringt uns in die Gefahr, die Langfristwirkungen unserer Tagesentscheidungen aus dem Blick zu lassen. Wenn wir heute sparen

müssen, suchen wir Lösungen zu finden, die heute möglichst wenig weh tun. Das ist verständlich und auch ein Gebot der politischen Vernunft, weil oft die Durchsetzbarkeit davon abhängt; und das ist nicht nur bei politischen Entscheidungen im Parlament so, sondern wohl auch in den Gremien der Wissenschaft nicht viel anders. Aber die Langfristwirkungen von Entscheidungen dürfen wir gerade in der Forschung nicht aus dem Auge verlieren. Die Folgen zu analysieren, abzuschätzen und zu bedenken, ist nicht nur Aufgabe des einzelnen Abgeordneten und Wissenschaftlers je für sich. Wir sollten auch gemeinsam darüber sprechen. Dies gilt nicht nur für die sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen neuer Entwicklungen der Wissenschaft, wie jetzt zum Beispiel in der Biotechnologie. Es gilt auch für unsere heutigen wissenschaftlichen Entscheidungen.

Wir sollten gemeinsam darüber sprechen, was es für die Forschung und für unsere Gesellschaft bedeutet, wenn wir hier bestimmte Förderungsprogramme des Bundes zurückfahren, dort Einsparungen und Umschichtungen vornehmen, wenn wir manches wichtige und gut beurteilte Forschungsvorhaben nicht finanzieren können, weil wir bei weniger guten doch zu großzügig waren, und wenn bei alledem die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gleichsam als schwächstes Glied in der Kette mehrfach getroffen zu werden droht.

Da wir hier alle in der gleichen schwierigen Lage sind, im eigenen Verantwortungsbereich Entscheidungen mittragen zu müssen, die einem zu schaffen machen, habe ich Problemfälle aus verschiedenen Bereichen erwähnt. Sehen wir die Konsequenzen für die Sicherung unserer Zukunft? Das ist zunächst eine Frage und ein Appell an unsere eigene Brust in Regierungen und Parlamenten. Aber auch die Wissenschaft muß als Antwort auf unvermeidliche, wohl nicht nur temporäre finanzielle Engpässe ihre Entscheidungen unter langfristigen Aspekten treffen, das heißt nicht so gut es geht Löcher flicken, sondern das herauszufinden suchen, was auf lange Sicht als Potential der Forschung erhalten und gestärkt werden muß und Förderung verdient.

3. Vor diesem Hintergrund gesehen sind unsere Kontakte - hier eine Anhörung, dort ein parlamentarischer Abend; hier eine Festversammlung, dort eine Podiumsdiskussion; hier ein Gespräch im Wahlkreis, dort ein Lobby-Gespräch in Bonn vor der Sitzung des Haushaltsausschusses - so nützlich sie im einzelnen sein mögen - vielleicht doch nicht ganz zureichend. Ich meine, es ist richtig, die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu bitten, sich dieser Aufgabe des Gesprächs zwischen Abgeordneten, gesellschaftlichen Gruppen - Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, jungen wie alten Menschen, Erwerbstätigen wie Arbeitslosen, wie Rentnern - und Wissenschaftlern mit eigener, noch intensiverer Aktivität zu stellen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft als zentrale Wissenschaftsorganisation hat - politisch gesehen - eine wichtige Vermittlungsfunktion, und sie ist prädestiniert für den Brückenschlag zur Politik und zu den gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land. Ich wiederhole es: Nicht um ein wenig mehr Geld herauszuholen oder anders Erleichterungen zu schaffen, und auch nicht nur, um die durchaus notwendige Sympathiewerbung für die Wissenschaft zu verstärken, sondern vielmehr, um dafür zu sorgen, daß die wichtigen Fragen, die Abgeordnete und Wissenschaftler miteinander besprechen müssen, auch wirklich besprochen und angepackt werden.

Was kann und sollte die Deutsche Forschungsgemeinschaft hier tun? Ich meine, sie sollte hier schlicht und deutlich, ganz unpräzise und sachgerecht - so wie es ihre Art ist, - zum Thema kommen. Sie sollte uns Abgeordneten sagen, wie sie die Probleme unserer Zeit sieht, was die Wissenschaft auf lange und vielleicht auch schon auf kürzere Sicht mit welchen gewünschten Wirkungen und vielleicht unerwünschten Nebenwirkungen zur Aufarbeitung beitragen kann, und welche Möglichkeiten die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit ihren Schwerpunkten, Sonderforschungsbereichen und anderen Formen konzentrierter Förderung hat, hier zu helfen. Dabei ist auch ein Stück wissenschaftlicher Selbstkritik hilfreich, denn sie erleichtert das Gespräch und steigert die Glaubwürdigkeit der Wissenschaften.

Die DFG sollte sich nicht bitten und locken lassen. Sie sollte wichtige Themen, wie ich sie oben aus der Studie "Global 2000" zitiert habe, zum Schwerpunkt erheben, die Ergebnisse und Zwischenergebnisse in ihren Gremien und Kommissionen aufarbeiten und dann an uns Parlamentarier für das gemeinsame Gespräch herantragen. Sie sollte nicht warten, bis wir Politiker von uns aus, und dann zumeist ungeduldig, eine rasche Antwort erwartend, mit einem Problem zu ihr kommen. Dies gilt umso mehr, wenn die Probleme durch die Wissenschaft und die technische Entwicklung verursacht sind und wieder nur mit Hilfe der Wissenschaft korrigiert und gelöst werden können. + + +